

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1 zu
eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Baustellen-Anzeigen die
gesetzte Kosten-Gebühr
60,-
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey,
Druck von C. V. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 8002.

25 Jahre Verbandsvorsitzender

Am 2. August d. J. blickt unser Kollege August Brey auf eine 25jährige Tätigkeit als Vorsitzender unsres Verbandes zurück. 25 Jahre Dienst in der Arbeiterbewegung bedeuten eine Menge an Arbeit, Mühen und Aufopferung. Groß war die Aufgabe, die sich die kleine Zahl der Teilnehmer des Kongresses der nichtgewerblichen Arbeiter, der vom 29. Juni bis 2. Juli 1890 in Hannover tagte und die Gründung des Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter beschloß, gestellt hatte, nämlich den Schwächsten der Schwachen, den sogenannten ungelernten Arbeitern, in der Organisation einen Schutz zu schaffen gegen Ausbeutung und Bedrückung. Wir haben vor wenigen Wochen, als sich der Gründungstag unsres Verbandes zum fünfundzwanzigsten Male jährte, die Schwierigkeiten eingehender geschildert, die die junge Organisation zu überwinden hatte. Es bedurfte der hingebenden selbstlosen Arbeit des Verbandsleitung und in erster Linie des Verbandsvorsitzenden, um zu erreichen, daß die junge Organisation sich behaupten und durchsetzen konnte.

Bis auf wenige Ansäße in einem beschränkten Gebiete des Deutschen Reiches mußte Stein um Stein zum Verbandsbau mühsam zusammengetragen werden. Eine dornenvolle und undankbare Arbeit, deren Hauptteil dem Verbandsvorsitzenden zufiel. Auf dem ersten Verbandstage, der vom 1. bis 3. August 1892 in Braunschweig tagte, waren 42 Verbandsorte mit 2460 Mitgliedern vertreten; ein winziges Häuflein gegenüber der ungeheuren Zahl der zu gewinnenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Auf diesem Verbandstage wurde die Gründung einer eigenen Verbandszeitung, des „Proletariers“, beschlossen. Nunmehr mußte Kollege Brey neben der Agitations- und Organisationsarbeit als Verbandsvorsitzender auch die Redaktion des Verbandsorgans mit übernehmen. Erst gegen Ende des Jahres 1906, als die immer weitere Häufung der Verbandsgeschäfte eine Entlastung des Vorsitzenden zur dringenden Notwendigkeit machte, wurde die Redaktion einem andern Kollegen übertragen.

Bescheiden wie die Anfänge des Verbandes, waren die ersten Einrichtungen zur Erledigung der Verbandsgeschäfte. Sehr mäßig war auch die Entschädigung — von Gehalt kann man nicht reden — die der Verband seinem Vorsitzenden zubilligte. 30 Pf. im Monat wurden in der Vorstandssitzung vom 4. Januar 1891 protokollarisch als Entschädigung festgelegt. Nun war allerdings Geld in der Verbandskasse wenig vorhanden; am Schlüsse des Jahres 1890 betrug der Kassenbestand ganze 766 Ml. Aber wie im Anfang, so auch noch viel später, als die finanzielle Grundlage des Verbandes bereits eine bessere geworden war, wehrte der Kollege Brey jede Entschädigung, die nach seiner Ansicht über das allernotwendigste Maß hinausging, entschieden ab. Als auf dem Verbandstage in Kassel für den Verbandsvorsitzenden ein Gehalt von 1800 Ml. pro Jahr beantragt wurde, erklärte der Kollege Brey, er nehme diese Summe nicht an.

Das Ergebnis der nunmehr 25jährigen Verbandsaktivität ist nicht in wenigen Strichen ausreichend gewürdigt werden. Auf die Fülle der Arbeit unter den schwierigsten Verhältnissen wollen wir nur kurz hinweisen. Wie viele Mühe erforderlich war, um den Verbandsbau hochzubringen, wie viele Widerstände zu überwinden waren, kann nur der richtig beurteilen, der inmitten dieser Arbeit steht. Wenn wir aber konstatieren können, daß aus den 42 Verbandsorten mit 2460 Mitgliedern auf dem ersten Verbandstage in Braunschweig bis zu dem letzten Verbandstage in Stuttgart 522 Zäckstellen mit 207 384 Mitgliedern geworden waren, wenn sich die Verbandsmittel seit dem ersten Verbandsjahr bis zum letzten von 766 Ml. auf 3 364 548 Mark vermehrten, so können wir nur konstatieren, daß zu dieser glänzenden Entwicklung der Kollege Brey nicht wenig beigetragen hat.

Neben seinem gewerkschaftlichen Wirken hat Kollege August Brey auch auf andern Gebieten der Arbeiterbewegung fruchtbare Arbeit verrichtet. Als Anerkennung dieser Tätigkeit wurde er im Jahre 1906 von der Arbeiterschaft mit dem höchsten Ehrenamt, das das Volk zu vergeben hat, dem Amt eines Reichstagsabgeordneten für den Reichstagswahlkreis Hannover-Linden betraut.

Der Tag der 25jährigen Amtszeit des Kollegens Brey als Vorsitzender des Verbandes fällt in eine vom Kriegsstrom erfüllte Zeit. Das deutsche Volk ringt um seine Existenz, und Tausende von Verbandsmitgliedern haben dafür bereits ihr Leben lassen müssen. Aber auch der längste Krieg wird einmal ein Ende nehmen, und die im Kriege sehenden Söhne des Volkes werden zu friedlicher Kulturarbeit zurückkehren. Der Verbandsbau aber wird den Kriegssturm überdauern, der ihn wohl ein wenig schwächen, aber nicht ernstlich gefährden kann.

Wir verbinden mit unserm Glückwunsch zur 25jährigen Amtszeit unsres Kollegen

August Brey

als Freunde, Kollegen und Mitarbeiter die Erwartung, daß es ihm noch lange, lange vergönnt sein möge, am weiteren Ausbau des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands zu wirken, zum Nutzen der Arbeiterschaft und insbesondere der Verbandsmitglieder!

Ein Jahr Weltkrieg.

Als in den ersten Augusttagen des Vorjahrs die Kunde vom Ausbruch des Krieges zwischen fast allen europäischen Großstaaten die Welt durchschüttelte, löste sie ein allgemeines Grauen bei der ganzen Kulturmenschheit aus. Jeder fühlte und ahnte, daß dieser größte aller Kriege ungeheure Opfer an Blut und Gut kosten würde. Da schien schon die Erwägung ein Trost, daß das massenmordende Ringen bei dem heutigen Stande der militärischen Technik nicht lange dauern könne. In wenigen Monaten muß — so urteilten selbst Fachleute — dieser Krieg zu Ende sein. Es ist anders, ganz anders gekommen. Ein volles Jahr ist seit Ausbruch des Krieges verflossen, und noch immer ist ein Ende nicht abzusehen. Da bedurfte der hingebenden selbstlosen Arbeit der Verbandsleitung und in erster Linie des Verbandsvorsitzenden, um zu erreichen, daß die junge Organisation sich behaupten und durchsetzen konnte.

Auch unser Wirtschaftsleben ist durch den Krieg nicht so zerstört worden, wie wir das nach den ersten Anzeichen befürchten mußten. Natürlich wäre es töricht, zu leugnen, daß es schwer geschädigt ist. Nichts ist unsinniger als die Behauptung, daß Wirtschaftsleben Deutschlands sei völlig intakt geblieben. Der Hinweis auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes zur Bekämpfung dieser Auswirkung ist völlig verfehlt; denn der Arbeitsmarkt wird durch die Eingungen zum erstenmal nicht durch Erweiterung der Produktion. Soweit aber tatsächlich die industrielle Tätigkeit belebt wird, geschieht das durch Kriegslieferungen aller Art, also durch Aufträge, deren Erfüllung zur Bewaffnung, aber nicht zur Bereicherung unserer Volkswirtschaft beiträgt. Aber selbst wenn wir das erkennen und berücksichtigen, so bleibt doch als Tatsache bestehen, daß unser Wirtschaftsleben, gemessen an der Ausdehnung und der Dauer des Krieges, sich recht gut gehalten hat.

Über alle Erwartungen gut haben sich ohne Frage die Gewerkschafter gehalten. In den ersten Kriegswochen mußten wir befürchten, daß die materiellen Ansprüche der Mitglieder die Kassen leeren und damit den festen Zusammenhang gefährdet würden. Die bald eintretende Besserung auf dem Arbeitsmarkt hat diese Gefahr beseitigt. Heute stehen die Gewerkschaften finanziell unerschöpft da. Die fortdauernden Eingezahlungen zum Kriegsdienst haben allerdings die Reihen der Mitglieder ganz außerordentlich stark geschrumpft und damit die Einnahmen der Verbände stark vermindert. Von den männlichen Mitgliedern unsres Verbandes steht jetzt etwa die Hälfte im Kriegsdienst, und noch immer werden weitere eingezogen.

Nicht nur an den Einnahmen, sondern vor allem auch an der Erledigung der Verwaltungsarbeiten merken wir die Verluste. Es sind die Arbeiter in den besten Jahren, die meist auch die rühigsten und tätigsten waren, die geholt werden. Jetzt müssen ganz junge und schon ältere in die Bresche springen, die seither noch nicht oder nicht mehr als Funktionäre tätig waren. Es ist erfreulich, heute feststellen zu können, daß in den weitaus meisten Fällen für eingezogene Kollegen rechtzeitig Ersatz geschaffen werden konnte. Die Mitglieder, die nicht oder doch noch nicht eingezogen wurden, haben es sich zur Ehrenpflicht gemacht, immer wieder die Lücken zu füllen, die der Krieg in den Verwaltungsaufgaben des Verbandes riss. Vielfach haben auch die Frauen entzlossen und unermüdlich die Führung der Verbandsgeschäfte in die Hand genommen, und wir haben weit mehr als schlechte Erfahrungen damit gemacht. Durch diesen allseitigen Eifer der Dahmegebildeten ist es fast immer und überall gelungen, das Verbandsgefüge aufrechtzuerhalten. Allerdings werden die Schwierigkeiten von Tag zu Tag größer, und die verantwortlichen Funktionäre, vor allem die Gauleiter, müssen immer mehr Arbeit, Geduld und Schaffnau aufwenden, um Störungen und Säderungen zu vermeiden. Aber nicht das nimmt wunder, daß solche Schwierigkeiten vorhanden sind, sondern das, daß sie seither immer noch überwunden werden konnten. Insofern hat der Krieg gezeigt, daß auch in unsrer Bewegung viel mehr tätige und wütige Kräfte vorhanden sind als wir in der Friedenszeit sehen und heranziehen konnten. Hoffentlich gelingt es uns, diese Kräfte auch für die kommende Friedensarbeit nutzbar zu machen.

Über die Mitgliederbewegung im Verbande haben wir allwöchentlich berichtet. Dass rund 80 000 Kollegen im Felde stehen und etwa 25 000 aus dem Verbande ausgeschieden sind, ist bekannt. So bedauerlich es nun ist, daß in einer Zeit, die den Nutzen der Organisation so schlagend darstellt wie die jetzige, Mitglieder ohne Zwang aus dem Verbande ausscheiden, so entschieden müssen wir doch betonen, daß dieser Rückgang der Mitgliederzahl gar nicht bedenklich ist und hinter den Befürchtungen, die wir gehabt haben und gegen welche weit zurückbleibt. Zunächst ist zu beachten, daß unter den als ausgeschieden gebuchten noch viele sich befinden, die zum Kriegsdienst eingezogen wurden, aber nicht mehr Zeit und Gelegenheit fanden, sich beim Verbande abzumelden. Dann sind darunter die Ausländer, die abgereist sind, und die verstorbenen Mitglieder. Alle diese Umstände berücksichtigt, dürfen wir sagen, daß der Verband das Jahr des Weltkrieges über alles Erfordernisse gut überstanden hat, auch soweit die Zahl der Mitglieder in Frage kommt.

Die Erfolge des Verbandes auf dem Gebiet der Lohnbewegungen sind auch im Kriegsjahr durchaus nicht gering. Gewiß, zu offenen Kämpfen ist es nicht gekommen, aber durch Engaben und Verhandlungen ist in manchen Orten und Bezirken sehr viel

für die Mitglieder erreicht worden. Soweit bestehende Tarifverträge Lohnsteigerungen vorsehen, sind sie, soweit wir übersehen können, gewährt worden. In vielen Fällen sind die Unternehmer, in Rücksicht auf die Leitung und veranlaßt durch die Verbandsinstanzen, über die Mindestsätze des Tariffs hinausgegangen; wie oft und in welchem Ausmaß, das wird sich erst am Jahresende feststellen lassen.

Sehr betrübend ist die Tatsache, daß alle erreichten Lohn erhöhungen noch nicht die enorme Verkürzung der Lebenshaltung ausgleichen. Das ist eins der schwärzesten Blätter im Schulbuch des Kapitalismus, daß selbst die Zeit der höchsten Not des Volkes ausgenutzt worden ist, um einige wenige zu bereichern auf Kosten der Gesamtheit. Nichts schwächt so sehr die Überstandsfähigkeit und den Willen unseres Volkes als der chaotische Lebensmittelwucher, der den Armuten der Armen brutal die kargen Bissen verteilt, um einigen Reichen die Taschen zu füllen. Und es ist im höchsten Maße bedauerlich, daß zwar unbewußte Menschen, denen einmal die Zunge oder die Feder durchgeht, schwer bestraft werden, die gefährlichen Burschen aber, die den Lebensmittelwucher förmlich und offen organisieren und dadurch größtmöglichen Verlust an den Interessen des Volkes und des Reichs üben, straffrei bleiben. In den letzten Tagen ist man endlich wenigstens mit Strafen drohungen für solche Gefallenen herausgekommen. Schade nur, daß erst ein volles Kriegsjahr vergehen mußte, bis die Gefährlichkeit solcher Patrioten erkannt wurde.

Über die Kriegsergebnisse, die Kriegslage und die Kriegsauswirkungen verbreiten wir uns hier nicht. Das ist Aufgabe der Tagespresse und nicht Sache eines Gewerkschaftsblattes. Hier sollen heute nur in einem kurzen Rückblick einige Fragen gestreift werden, deren Wichtigkeit für uns als Gewerkschafter klar zutage liegt.

Alles in allem, dürfen wir am Schlüsse des ersten Kriegsjahrs sagen, daß es uns zwar unsagbar viel Leid und Sauer, Sorge und Kummer, Not und Verluste aller Art gebracht hat, in seiner Gesamtwirkung auf das wirtschaftliche und politische Leben jedoch hinter unsren Befürchtungen zurückgeblieben ist. Das kann uns nicht hindern, eine möglichst baldige Beendigung dieses gräßlichen Kriegs mit allen Mitteln unsres Herzens, mit allen Schwierigkeiten unsrer Seele herbeizuwünschen und alle Vorschläge und Bestrebungen zu begrüßen und zu unterstützen, die nicht nur den Zweck haben, sondern auch geeignet sind, uns dem Frieden näherzubringen.

Ein gewerkschaftliches Frauenblatt.

Unser Verbandstag in Stuttgart beschäftigte sich u. a. auch mit einem Antrag der Zahlstelle Magdeburg, der die Lieferung der „Gleichheit“ an weibliche Mitglieder anstrengte. Der Antrag wurde zwar auf dem Verbandstage zurückgezogen, aber es wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Der 12. Verbandstag der Fabrikarbeiter Deutschlands hält es für erforderlich, daß die „Gleichheit“ mehr als bisher den gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiterinnen Rechnung trägt und dieser Teil des Blattes entsprechend ausgebaut wird.“ Mit der Annahme dieser Resolution sollte ausgedrückt werden, daß die „Gleichheit“ — über deren politischen oder literarischen Wert der Verbandstag natürlich in seiner Weise aburteilen wollte — als Gewerkschaftsblatt nicht ohne Anforderungen genügt. Schon bald nach unserm Verbandstage brach der Krieg aus und löste für unsren Verband die Frage vorläufig dadurch, daß der Vorstand beschloß, die Weiterlieferung der „Gleichheit“ einzustellen.

Nun hat sich die Generalversammlung des Metallarbeiterverbands ernst mit der „Gleichheit“ beschäftigt und ihre Aussicht niedergelegt in einem Beschuß, der den Hauptvorstand ersucht, „bei der Generalkommission die Gründung einer wöchentlich erscheinenden gewerkschaftlichen Frauenzeitung zu erwirken“. Mit diesem Antrag hat sich die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorsitzen, die vom 5. bis 7. Juli tagte, beschäftigt. Diese Konferenz hat die Generalkommission ermächtigt und beauftragt, baldmöglichst ein gewerkschaftliches Frauenblatt herauszugeben.

Es steht unsrer Frage, daß die „Gleichheit“ die Anforderungen, die man an ein gewerkschaftliches Arbeiterinnenblatt stellen kann und muß, nicht erfüllt. Aber es ist sehr fraglich, ob das Blatt solche Anforderungen überhaupt erfüllen kann. Die „Gleichheit“ ist nun einmal ein Organ zur politischen Erziehung und Fortbildung der Arbeiterinnen. Und zwar nicht zur politischen Erziehung schlechthin, sondern zur Erziehung im Sinne der sozialdemokratischen Partei. Damit war und ist kein Platz die Richtung gegeben, die es innerzuhalten, damit sind ihm die Mittel gestellt, die es zu erfüllen hat. Die Pflege und Verstärkung der gewerkschaftlichen Interessen konnte immer nur eine Nebenaufgabe sein. Das wußten die Gewerkschafter natürlich auch schon, als sie die „Gleichheit“ für ihre männlichen Mitglieder abonnieren. Solange jedoch die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen bei den einzelnen Verbänden und auch insgesamt noch klein war, wurde auf die Haltung und die Ausgestaltung des gewerkschaftlichen Teils der „Gleichheit“ wenig Gewicht gelegt. Nebenbei hatte man ja allgemein das Gefühl, daß es ja bei der Wahl der „Gleichheit“ als gewerkschaftliches Frauenblatt nur um ein Provisionum handeln könnte, das früher oder später eine andre Lösung gefunden werden müsse. Wiederholte ist denn auch schon die Gründung einer gewerkschaftlichen Frauzeitung Gegenstand von Erörterungen gewesen. Auf dem Generalversammlung in Hamburg schüßt Legion die Frage an im Anschluß an einige Ausführungen aus dem Verbandstag der Textilarbeiter, die entschieden gegen die Gründung einer Frauzeitung gerichtet waren. Legion erklärte, er würde es für nützlich für die Gewerkschaftsbewegung und für die Durchbildung der zu unsrer Organisation herangezogenen Arbeiterinnen halten, wenn eine solche Zeitung gegründet würde, und fügte hinzu: „Heute mag vielleicht Stimmung dafür noch nicht vorhanden sein, aber wir können uns trocken mit dem Gedanken, daß schon manches, was von uns vorgefallen ist, erst bewußt worden ist und schließlich doch zur Durchführung gelangt.“ Es hat recht behalten. Allerdings hat der Krieg, rigider die Sollung der „Gleichheit“ während des Krieges, die Dinge beeinflusst.

Dieser gelommen wäre das gewerkschaftliche Frankenblatt auch ohne den Krieg. Man kann sogar die Frage aufwerfen, ob die Übereilung nicht ein Fehler ist, ob es nicht besser wäre, mit der Gründung zu warten, bis der Krieg beendet ist. Die Vorstandesliste wünscht allerdings die Gründung bald möglichst, und es ist kaum anzunehmen, daß sie dabei einen Zeitpunkt im Auge hatte, der mir seiner liegt als das Ende dieses Krieges. Vielleicht ergibt sich jedoch bei näherer Prüfung die Frage, die ja zur praktischen Durchführung des Aufrufes unumgänglich ist, daß es sich nicht empfiehlt, in einer so schwierigen und unübersichtlichen Lage neue und nicht leichte Aufgaben in Angriff zu nehmen. Das Bedürfnis nach einer gewerkschaftlichen Arbeitersinnestellung ist gewiß vorhanden, und es tritt, gerade infolge gewisser wirtschaftlicher Umformungen seit Kriegsausbruch, immer mehr hervor, aber es ist unser Erachtens nicht so dringend, daß es nicht bis nach Beendigung des Krieges vertagt werden könnte.

Gelernte Arbeiter und ungelernte Arbeit in der Kriegszeit.

Es ist eine unabsehbare Tatsache, daß unter den — sozialistisch ungeschulten — gelernten Arbeitern noch vielfach die Ansicht zu finden ist, die ungelernten Arbeiter wären minderwertige Arbeiter im allgemeinen Betriebsschluß. Sie meinen, durch die drei- oder vierjährige Lehrzeit in ihrem Berufe sei zu qualitativ höher zu bewertenden Arbeitern gebracht zu haben als es die ungelernten Arbeiter sind, und daß dementsprechend auch ihr Lohnentommen ein höheres sein müsse als das der ungelernten Arbeiter. Haben sie nun gar ihre Lohnentommen, mit Hilfe ihrer Organisation, durch Tarifabschlüsse mit dem Unternehmertum auf eine längere Zeit festgelegt, so will es ihnen erst recht nicht einleuchten, daß die ungelernten Arbeiter ihre Arbeitskraft teilweise höher einschätzen, als sie es als gelernte Arbeiter getan haben. Die sozialistisch ungeschulten Arbeiter haben bei den eigenen Vertragsverhandlungen noch immer nicht überwunden. Dass die guten oder schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse eines Berufes auch auf die Verhältnisse in den anderen Berufen einwirken, haben sie noch nicht begriffen. Diese gelernten Arbeiter genieren sich, in den ungelernten Arbeitern gleichwertige Arbeiter anzusehen und dünsten sich noch immer als "bessere Menschen", die jede Gleichstellung mit den ungelernten Arbeitern ablehnen müssen. Den Vorteil aus diesem unsozialistischen Gedanken der Arbeiter zieht einzigt das Unternehmertum.

Durch die Stilleitung zahlreicher gelernter Berufe während der Kriegszeit gehen sich nun viele gelernte Arbeiter gezwungen, gerade zu der sozialistisch bedachten ungelernten Arbeit ihre Zuflucht zu nehmen. So ist insbesondere die Rüstungsindustrie zu Zeiten von den ungelernten Arbeitern anderer Berufe in ausgiebiger Weise als Freiland mit Beschlag belebt worden. Damit ist nun vielen gelernten Arbeitern die Möglichkeit gegeben, die nach ihrer Ausbildung qualitativ so niedrig zu verantwiegende ungelernte Arbeit in Industrie und Gewerbe lernen zu können. Diese Überläufer zählen aber zu alldem noch zum größten Teil zu den unorganisierten Arbeitern, denen das Solidaritätsbewußtsein selbst mit ihren Berufskollegen noch ein Brief mit jedem Siegel ist, das den ungelernten Arbeitern — soweit sie nicht ebenfalls unorganisiert sind — nun deppelt zum Schaden gereicht.

Mag nun der gelernte Arbeiter in seinem eigenen Berufe eine eigene Kraft repräsentieren, so ist damit noch nicht entschieden, daß er sie auch für jede ungelernte Arbeit in der Industrie darstellt. Die Arbeitsteilung in der modernen Großindustrie ist so vielseitig, daß es unmöglich ist, daß jeder einzelne Arbeiter — selbst wenn er der am höchsten qualifizierte gelernte Arbeiter wäre — die nötige Kapazitätshöhe zu ihr besitzen kann. Die in allen Zeiten starke Fluktuation unter den ungelernten Arbeitern in der Großindustrie findet bei weitem ihre Begründung in den Anforderungen an die physische Leistungsfähigkeit dieser Arbeiterschicht, denen nicht jeder Arbeiter gewachsen ist. Auch die Arbeiter ungelernter Berufe müssen bei jedem Wechsel ihrer Berufszugehörigkeit eine, wenn auch milde Lehrzeit durchmachen, um die Fähigkeiten in den jeweiligen Berufen zu erlangen.

Den Arbeitern sollte die Not des Krieges mit aller Deutlichkeit das Bewußtsein schärfen, daß sie auf Berufsgenossen keinen Anspruch erheben dürfen. "Gelernte" und "ungelernte" Arbeitern nach die Lehre der Solidarität mit ihren Kollegengenossen als höchste Regel gelten. Der Zusammenhalt aller Arbeiters und Arbeiterschichten in großer sozialistischer Berufsorganisationen ist nach dem Kriege dringender geboten als je zuvor. Die Geschäftsführer unter den Arbeitern darf sich nach dem Kriege auf keinen Fall beklagen, damit wäre zugleich der Berufsbewußtsein und der Selbstbewußtsein unter der Arbeiterschaft der Boden zum Vorbrechen zum größten Teil entzogen. Ist der Fasangruß und Eigentum in den einzelnen Berufsgruppen der Arbeiterschaft erst gänzlich ausgerottet, dann — aber auch jetzt dann — können die heutzutage starken und leistungsfähigen Berufsorganisationen zu den von der überzeugungsreichen Führerschaft längst erkannten noch höheren und weit größeren Erfolg verhindernden Organisationszielen übergehen. Von den Berufsorganisationen zu Berufsorganisationen ist dann kein weiterer Schritt.

H. B.

Gegen die Lebensmittelwucherer.

Ein zum Kriegsdienst eingezogenes Mitglied unserer Zahlstelle Remscheid in der Oberpfalz reicht an den Vorsitzenden der Zahlstelle um Bestärkung an die Mitgliederversammlung folgendes:

Berie Kollegen! Nun ist es bald ein Jahr her, daß dieser Krieg, leider gezeigt dieses große Volksmorden, begonnen hat. Ihr werdet Euch noch erinneren können, wie schwer uns der Abschied von Euch und euren Lieben wurde. Niemand glaubte damals, daß dieses große Ringen ein Jahr dauern könnte. Jetzt ist ein Jahr verflossen, und noch immer sehen wir kein Ende. Viele deutsche Männer und Frauen haben schon den Tod auf dem Schlachtfeld gefunden, und viele andre werden ihm noch finden. Voller ist nicht uns der Körper aller Männer noch bevor. Doch wir werden nicht Pflicht tun, denn wir wissen, daß wir für unser Heimatland, für unsere Lieben daheim kämpfen.

Berie Kollegen! Auch Ihr habt zu kämpfen; auch Ihr steht im Kriege. Allerdings gegen einen andern Feind als wir. England hat verbracht, Deutschland auszuhungern. Es gibt in Deutschland zu essen genug. Der Krieg aber muß enden. Danach wird es wieder Friede und Arbeit. Aber zeigt die Engländer? Eine England? Nein! — Deutsche sind es, welche Spekulanten und Wucherer, die ihr eigenes Volk ausnutzen, um sich den Sessel zu füllen, die frühzeitig die Lebensmittelvorräte aufzumieten, um später Millionen Menschen zu verdursten, die die Nahrungsmittel um das Doppelte und Dreifache in Preise hoch treiben und es breiter Volkszählungen ausnutzen, sich ausreichend zu ernähren.

Wer kämpft gegen diese Feinde des deutschen Volkes? Wir kennen es nicht, denn wir haben zu kämpfen genug. Dieser Kampf, Kollegen, steht Euch fehlen! Auch das ist ein Kampf um Gut und Nutzen, um die Existenz unseres Volkes, um das Leben unserer Familien. Denkt, Kollegen, führt diesen Kampf energisch und ohne Gnade! Schießt Euch zusammen, jed einzig, reicht Euch ein Beispiel aus im Felde, kämpft bis zum endlichen Sieg über die Kämpfer des Volkes!

Wendet Euch an Eure Arbeitgeber! Solltet den hohen Erfolg Eurer Sache einen Anteil an den reichen Gewinnen, die sie aus Gewinnzerrungen ziehen, werkt Euch gegen die Not mit allen Mitteln!

Wenn Ihr so für uns alle kämpft, könnt Ihr den aus dem Felde Zurückkehrenden die Hand drücken und mit Stolz sagen: Auch wir haben gekämpft und gesiegt.

Mit Gruß und auf Wiedersehen

Euer G. M.

Der alte Bucherer an seinen Sohn.

Treib' Nahrungswucher allezeit
Bis an dein kühles Grab
Und weich' auch seinen Finger breit
Zur Kriegszeit davon ab!

Stein, jetzt verbopp'e den Prost
Und lass die Menschen schreien;
Solang, mein Sohn, dir nichts geschieht,
Da hemme tüchtig ein!

Dann fällt dein lieber Geldschrank sich
Mit Scheinen reich an Zahl,
Und wenn die Not die Wange küß,
Das bleibe dir egal!

Plagt ein Gewissen dich? O Vohn!
Davon befrej dich stink!
Dass ist für eines Buchers Sohn
Ein überflüssig Ding!

Netzt, wo im Kriege auch Freund Hein
So reiche Ernte hält,
Da darfst du niemals zaghaft sein,
Dein Feldgeschrei sei: "Geld!"

Treib' Bucher drum und bleib' gescheit
Bis an dein kühles Grab,
Weich' auch in künftiger Frieden it
Den diesem Weg nicht ab!

Das der Industrie

Kriegswirkungen in der Zementindustrie.

Die Zementfabriken sind durch den Krieg sehr stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Bautätigkeit ruht fast ganz, und die Lieferungen für Befestigungsarbeiten, die in den ersten Kriegsmonaten zahlreichen Fabriken reiche Aufträge und Gewinne brachten, lassen sehr nach. Zwar braucht die Heeresverwaltung immer noch erhebliche Mengen Zement, aber doch bei weitem nicht so viel, wie geliefert werden könnte. Infolge des schlechten Geschäftsvergangs tritt es wieder einmal im Rheinisch-Westfälischen Zementverband, der führenden Absatzorganisation der Zementindustrie. Die angekündigten Werke können nur einen Bruchteil ihrer Leistungsfähigkeit ausnutzen und wollen nun versuchen, im freien Konkurrenzkampf mehr umzusehen. Einigen würde das zweifelsohne gelingen, jedoch nur auf Kosten der andern, die dann ganz erdrückt würden.

In den Geschäftsbuchführungen der Aktiengesellschaften spiegelt sich die Entwicklung des Krieges mehr als deutlich wider. Absatz und Gewinn sind fast überall zurückgegangen. So bleiben die Portlandzementwerke "R o l a n d" in Beckum, die für 1913 12 Prozent Dividende verteilt, für 1914 dividendenlos. Auch das Portlandzementwerk "V e r t a" sieht von einer Dividendenverteilung ab. Das Zement- und Kalkwerk "B e s t i g" hat 20 761 Mf. Verlust zu verzeichnen. Dieses Werk wird auf Grund einer Vereinbarung mit dem Rheinisch-Westfälischen Zementverband stillgelegt. Die Absatzbeteiligung in Höhe von 271 000 Mf. wird auf ein andres Werk übertragen. Die Portlandzementwerke "M a r t" in Recklinghausen erzielten im Jahre 1913 noch 248 490 Mf. Gewinn; für 1914 ist ein Verlust von 20 856 Mf. zu deuten. In diesem Werk wurde gleich nach Kriegsausbruch der Betrieb völlig eingestellt. Zu Anfang dieses Jahres wurde er mit einem Oden wieder aufgenommen. Im ganzen ersten Halbjahr 1915 wurden nur 3,92 vom Hundert der Beteiligungssäulen abgesetzt. Die Zementfabrik "D r a c h e n b e r g - W e r k e r l i n g e n" hatte 16 907 Mf. Verlust, ohne Veräußerung der notwendigen Abschreibungen. Im Jahr 1913 erzielte das Werk 375 981 Mf. Gewinn. Die "W e s e l e r" Portlandzementfabrik hatte schon 1913 fast 60 000 Mf. Verlust; im Vorjahr wurden weitere 75 040 Mf. zugesetzt. Die "W e s e l e r" Portlandzementwerke haben zwar noch 19 372 Mf. Gewinn erzielt, wollen den aber auf neue Rechnung vortragen und die Aktiengesellschaft ausgeben lassen. Die "B r a u n s c h w i e g e r" Portlandzementwerke (Salbke) haben eine Zusammenlegung der Aktien vorgenommen, um die Unterbilanz zu decken. Die "W u n s c h e r" Portlandzementwerke haben 23 977 Mf. Gewinn erzielt. Daraus sollen die Gewinnanteilscheine für 413 600 Mf. mit 4 v. H. verzinst werden, das eigentliche Aktienkapital in Höhe von 1 1/2 Millionen Mark bleibt ohne Dividende. Die "B e r n b u r g e r" Portlandzementfabrik kann für 1913 den Aktiengesellschaft 7 Prozent Dividende auszahnen. Für 1914 stehen nur ganze 1347 Mf. Gewinn zur Verfügung, die auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Diese Auszüge, die wir wohl den Geschäftsbuchführungen, wie sie uns gerade zur Hand legen, entnehmen, zeigen, daß die Zementindustrie von dem Kriegsgegenstand, der auf manche Zweige der Industrie niedergegangen ist, wenig profitiert hat. Um so bedeutender ist es, daß noch immer zahlreiche "R e u n i v e r s i t a t e n" von Zementfabriken erfolgen. Allein in Rheinland-Westfalen sind in den letzten Wochen drei neue Gründungen bekannt geworden ("Phönix" in Beckum, Blasberg u. Ko. gleichfalls in Beckum und "Möll" in Recklinghausen). In Schlesien will Graf "H a n g n i c h - H o r d e n b e r g - N e b e n l o w" eine große Zementfabrik gründen, und in Süddetmold sollen mehrere Werke vorbereitet sein. Diese Neugründungen erfolgen zunächst in der Hoffnung, daß nach dem Kriege eine günstige Bauaufnahme kommen und der Zementindustrie hohe Gewinne bringen wird. Tatsächlich halten die Betriebsvereinigungen der Zementindustrie die Preise auf einer Höhe, die den angekündigten Werken eine sehr hohe Vergütung des angelegten Kapitals sichert, sobald der Geschäftsgang nur einigermaßen ist. Waren die Preise nicht so unterhaltnismäßig hoch, geblieben — immer in den Bereichen, den Gewinn trotz Absatzrückgang auf alter Höhe zu erhalten — so wären nicht so viele Neugründungen erfolgt, das Wettbewerb zwischen Errichtung und Verbrauch wäre heute nicht so groß, und die Zu-

kunftshoffnungen grundlegungssicherer Kapitalisten wären weniger rosig. So zeigt sich auch hier wieder, daß die Übertragung der Syndikatspreispolitik in eine Sackgasse führen kann.

Ein bemerkenswerter Beitrag zur Beurteilung der Lage ist der sehr ernsthaft und nachdrücklich entworfene Vorschlag, der Zementindustrie aufzuhelfen durch — eine Zementsteuer. Das sieht auf den ersten Blick schaurig aus, ist aber gar nicht so sehr. Die Zementsteuer soll nämlich — wie schon die Bindholzsteuer u. a. — Neuerungen bringen, dadurch die Verkaufsbereinigungen festigen und Preiserhöhungen erleichtern. Zu diesem Zweck soll die Steuer für alle schon bestehenden Werke nach dem Durchschnittsabsatz der drei Jahre 1913 bis 1915 bemessen werden, und zwar auf 50 Pfennig für jedes Fach 1,50 Mark Betrag entrichten. Damit wäre den neuen Werken die Konkurrenz von vorherrein aufs äußerste erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Das ist ja aber der Zweck des Vorschlags. Der ganze Steuervorschlag läuft demnach hinaus auf eine staatliche Sicherung der Zementindustrie gegen Konkurrenz und Preisstampf. Ob eine solche Sicherung Aufgabe des Staates ist und ob sie im Interesse der Allgemeinheit liegt, ist eine Frage, hinter die wir zunächst drei Fragezeichen stecken möchten.

Die nächste Folge einer solchen Steueralternativen würde voraussichtlich sein, daß sich auch noch andre Industriezweige als notleidend melden. Was nämlich für die Zementindustrie gilt, das gilt zurzeit auch für die gesamte Bauwirtschaft, vor allem für die Ziegelseile. Auch diese leiden seit Kriegsausbruch unter Arbeitsmangel. In der letzten Zeit macht sich für diejenigen Ziegelseile, die im Osten liegen oder dorthin liefern können, ein Aufschwung bemerkbar, der auf den beginnenden Wiederaufbau der zerstörten Teile Ostpreußens zurückzuführen ist. Ob diese Besserung anhaltend ist und sich auf einen nennenswerten Bruchteil der Ziegelseile erstreckt wird, steht freilich noch dahin. Die "R a l l u n d" und "W ö r t e l" werden unter den gleichen Einflüssen und klagen gleichfalls über schlechten Absatz und rückläufige Gewinne. Sowohl die vorliegenden Abschlüsse der Aktiengesellschaften der Bauwirtschaft wie die Schlüsse zulassen, ist tatsächlich ein allgemeiner Gewinnrückgang zu verzeichnen. Nachstehende Tabelle zeigt das.

Art der Unternehmungen	Gesell.- schaften	Aktienkapital		Dividende	
		in 1000 M.	in 1000 M.	in %	in %
		1913	1914	1913	1914
Steinbrüche	13	11 725	11 720	644	432
Würtel- und Kalkwerke . . .	8	10 422	10 422	370	289
Ziegelseile	23	13 689	13 389	545	264
Konzerne, Schmelzfabriken . . .	9	8 758	9 118	912	494
Zementfabriken	30	68 052	68 052	5808 3369	8,5
Andere Baumaterialien . . .	9	8 104	8 104	575	333
				7,1	4,1

Der Rückgang ist absolut am stärksten bei den früher hoch rentierenden Tonwaren und Schamottefabriken. Die niedrigste Gewinnrate überhaupt erzielten die Ziegelseile. Die Zementfabriken schneiden nach dieser Tabelle noch recht günstig ab. Unbedingt zuverlässige Schlüsse kann man aus diesen Zahlen jedoch nicht ziehen. Zunächst umfassen sie nur einen Teil der bestehenden Aktiengesellschaften, und zum andern bilben selbst alle Aktiengesellschaften nur einen Bruchteil der vorhandenen Werke. Zumindest zeigen die vorliegenden Abschlüsse, daß der Krieg nicht nur die Zementindustrie, sondern noch manche andre Zweige unseres Wirtschaftslebens empfindlich gefügt hat. Wollten alle staatlichen Schutz ihrer Profite verlangen, so würde das ein recht buntes Bild von Forderungen geben, bei denen oben drein immer eine die andre durchkreuzen würde.

Für die Arbeiterschaft der Zementindustrie ist die Entwicklung der Dinge durchaus nicht gleichgültig. Zunächst sind sie davon interessiert, daß die Industrie existenzfähig bleibt, weil der Erfolg ihrer Lohnbewegungen nicht zuletzt mit abhängig ist von dem materiellen Erfolge der Unternehmungen, in denen sie geführt werden. Unter diesem Gesichtspunkte fällt die Beeinträchtigung der Unternehmungen durch den Krieg für die Arbeiter um so schwerer ins Gewicht, je mehr die steile Versteuerung der Lebenshaltung eine Erhöhung der Löhne dringend erforderlich macht. Dieses Interesse darf die Arbeiterschaft jedoch nicht verlieren, nun jede Maßnahme gutzuheißen, die den Zweck hat, die Gewinne der Unternehmer zu mehren. Vielmehr haben sie immer zu prüfen, ob und wie die vorgeschlagenen Maßnahmen direkt oder indirekt auf die Arbeit zurückwirken. Und da erscheint es uns mindestens fraglich, ob ein staatlicher Schutz, der den Zementfabriken eine Art Monopolstellung gibt und damit die wirtschaftlich wichtige Interesse der Arbeiter wünschenswert ist. Augenblicklich handelt es sich allerdings nur erst um einen Vorschlag. Sobald mehr daraus zu werden scheint, kommen wir darauf zurück.

Eine zeitgemäße Mahnung.

Das Reichsversicherungsamt hat am 2. Juni einen Runderlaß an die Berufsgenossenschaften gerichtet, in dem es heißt:

Infolge Einberufungen zum Heeresdienst sind mehrere Arbeitnehmer unter den technischen Aufsichtsbeamten auch bei solchen Berufsgenossenschaften eingetreten, deren Betriebe annähernd in gleicher oder gar in höherem Maße beschäftigt sind als vor dem Kriege. Auf Anfaßung dieser Zweige ist ernstliches Bedacht zu nehmen. Gegenwärtigfalls kann es durch vorübergehende Einstellung neuer technischer Aufsichtsbeamten geschehen, wobei auf geeignete Beamte im Aufschluß zurückgegriffen wird. Weiter ist ein Ausstausch oder eine ähnliche Stellvertretung technischer Aufsichtsbeamten gleichartiger Berufsgenossenschaften in Betracht zu ziehen. Die noch im Dienst verbliebenen technischen Aufsichtsbeamten dürfen auch nicht allzu weitgehend im Bereichsdienst beschäftigt werden, für den in den meisten Fällen andere Fachkräfte ohne technische Vorbildung zur Verfügung stehen werden.

Um einen Einblick in die durch den Krieg veranlaßten Veränderungen in der Aufsichtsbeamten zu schaffen, sind die Leistungsabschlüsse vom 1. August 1914 bis 1. August 1915 angedeutet. Infolge statistischer Auszählungen und den Unterschlägen aus der gleichen Zeit der beiden Vorjahre unter Berücksichtigung der Zahl der in diesen Zeitabschnitten tatsächlich beschäftigten Arbeiter gegenübergestellt.

Nach den Berichten der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ist die Überwachung der Betriebe durch den Krieg ungünstig beeinflußt worden, zum Teil wurde sie sogar völlig eingestellt

gute Verständnis der Genossenschaftsmitglieder und der Versicherer für die hohe Bedeutung des Arbeiterschutzes wieder verloren geht. Das sollte unter allen Umständen vermieden werden. Sofern der Durchführung einer gerechten Betriebsüberwachung wegen der Kriegsverhältnisse in der Tat unüberwindbare Schwierigkeiten entgegenstehen, werden nach dem Beispiel mehrerer landwirtschaftlicher Genossenschaften die Genossenschaftsmitglieder durch Maßblätter, Mahnworte oder in schriftlicher geheimer Form darüber zu belehren sein, daß auch in der Kriegszeit die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften nicht unterbleiben darf.

Die im Dienst des Wirtschaftslebens während des Krieges tätige Arbeiterschaft muß nach Möglichkeit vor Unfallsgefahren geschützt werden. Bei den Opfern an Menschenleben, die der Krieg fordert, ist eine schone Behandlung unserer lebendigen Werkzeuge nicht bloß ein Gebot der Sittlichkeit, sondern auch der Volkswirtschaft. In dieser Auffassung weist sich das Reichsversicherungsamt mit den Berufsgenossenschaften eins."

Dieser Erlass ist zu begrüßen. Hoffentlich findet er die gebührende Beachtung. Ganz besonders möchten wir wünschen, daß er in der eigenen Industrie wie die Bildung findet. Denn in manchen Betrieben dieser Industrie wird seit Ausbruch des Krieges die menschliche Arbeitskraft nicht so geschont, wie das nötig und möglich ist. Die Klagen über mangelnden Schutz bei gefährlichen Arbeiten, über unzureichende Kontrolle und Unterweisung, über Antreiber und überlang Arbeitszeit machen sich in bedeutsamer Weise. Vor allem kommen solche Klagen auch aus solchen Betrieben, die Heresbedarf herstellen. Wir haben bisher nur in Ausnahmefällen solche Klagen der Deutschen Gesellschaft unterbreitet, möglicherweise auch in Zukunft nicht abschließen. Dafür erwarten wir aber, daß die Unternehmer aus eigenem Ermessen alles tun, um Missstände, die zu ihrer Kenntnis kommen, zu beseitigen. Unsere Mitglieder aber erwünschen wir dringend, allen möglichen Schutz gegen Betriebsgefahren zu fordern und möglichst die Gewerbeaufsicht oder auch die Berufsgenossenschaft zum Einstreiten zu veranlassen. Die Zahlstellenleitungen werden Beschwerden und Wünsche, soweit sie begründet und berechtigt sind, annehmen und weitergeben.

Gute Geschäfte.

Die ungeheure Preissteigerung für Zucker ist bekanntlich eine der überauswirksamen Kriegsscheinungen. Deshalb nämlich, weil in Deutschland Zucker überreichlich vorhanden und der Preis nur von Spekulanten — Händlern und Fabriken — hochgetrieben wird. Allerdings will es niemand gewesen sein. Die Fabriken entrüssten sich, wenn man sie beschuldigt, und die Händler nicht minder. Die einen sagen, der Arbeitermangel ist schuld und die hohen Löhne, die andern behaupten, die Hausfrauen hätten zu große Zuckervorräte aufgespeichert und dadurch die Preise hochgetrieben. Wir haben wiederholt betont, daß die Händler zweifellos reiche Gewinne eingefasst, daß aber auch die Fabriken nicht leer ausgegangen sind. So liegt — um nur einige Beispiele zu nennen — der Gewinn der Zuckerfabrik Celle in vor 88.118 M. im Jahre 1913 auf 122.342 M., also um etwa 20 Prozent; die Zuckerfabrik in Hannover hatte im Jahre 1913 noch Verlust, für 1914 kann sie 86.509 M. Ueberbrücke buchen. Die Zuckerfabrik Glazig verteilt 20 Prozent Dividende gegen 8 Prozent für 1913 und kann darüber noch erhebliche Abschreibungen vornehmen und Rüdlagen machen. Über den Geschäftsgang seit Kriegsausbruch heißt es im Bericht:

Durch den Krieg waren allerding zu Anfang die Aussichten trüb, jedoch haben sich dieselben erfreulicherweise infolge einer guten Ernte sowohl an Kartoffeln als auch an Rüben und einer guten Bewertung der Kartoffeln derart verbessert, daß wir ein glänzendes Ergebnis feststellen dürfen. Von entscheidender Bedeutung bei der Bewertung unserer Zuckerprodukte war die Nichtbeteiligung unserer Fabrik am Kartell, wodurch vor Infrastruktur der Zuckergesetz drei Viertel unserer Produktion an Weizenzucker zu guten Preisen prompt verwertet werden konnten. Auch die Ausdehnung an Zucker war eine gleich gute. In der Brennerei wurden 47.165,8 Liter reiner Alkohol erzeugt. In der Zuckerfabrik wurden 671.347 Doppelzentner Rüben gegen 505.464,5 Doppelzentner i. B. mit einem Zuckergehalt von 18,7 Prozent gegen 19,51 Prozent i. B. verarbeitet. Der neuen Ernte waren bisher die Bitterungsverhältnisse nicht so recht günstig, doch läuft sich ein Schluss, auch schon infolge des Krieges, auf das neue Geschäftsjahr nicht voraus sagen. Der Überschuss auf Gewinn- und Verlustkontos stellt sich einschließlich des Gewinnrestes aus 1913/14 von 3437 M. auf 1.527.873 M. von welchem zu Abzreibungen 46.761 M. verwendet werden sollen, während bezüglich der verbleibenden 1.481.107 M. der Vorstand beantragt, zum Spezialrate erneut 135.000 M., zur Extraabrechnung für Bahnanlage 100.000 M., zu Sonderabrechnungen für Bauten 100.000 M., zum Dispositionsfonds 25.000 M., für Beamten- und Arbeiternunterstützungsfonds und sonstige Zuwendungen 30.000 M., als Tantieme für Vorstand und Beamten 7.263,6 M., als Tantieme für Aufsichtsrat 4.952 M. und zu 20 Prozent Dividende 90.000 M. zu verwenden und den Rest von 13.517 M. auf neue Rechnung vorzutragen."

Neben den enorm gestiegenen Gewinnziffern und den mannigfachen außerordentlichen Rückschlüssen ist das Verhältnis zwischen der Gewinn- und Aufsichtsrat (zusammen reichlich 125.000 M.) und der Zuwendung zum Unterstützungsfondest für Arbeiter und Beamte (ganze 30.000 M.) bemerkenswert. Man sieht daraus, wie gezielt wird.

Die Zuckerraffinerie Langenmuide hat 1.401.715 M. Gewinn erzielt und schüttet 15 Prozent Dividende an ihre Aktionäre aus. Dem Arbeiter-Hilfsschuh werden 25.000 M. überwiesen; was der Aufsichtsrat als Tantieme erhält, wird nicht mitgeteilt.

Die Badische Gesellschaft für Zuckeraufbereitung (Fabriken in Waghäusel und Böblingen) hat wieder ein gutes Jahr hinter sich. Der Nettoertrag (ohne Vortrag) beträgt 1.053.322 M. gegen 895.737 M. im Vorjahr. Dabon werden 605.000 M. als 12,83 Prozent Dividende verteilt, 250.000 M. werden als besondere Abzreibungen untergebracht, 125.741 M. werden dem Aufsichtsrat und dem Vorstand als Tantieme überwiesen, 20 M. erhält ein Kriegs-Unterstützungsfonds, 12.000 M. das Rote Kreuz und mehr als eine halbe Million Pfund wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Diese kurze Blätterreihe zeigt, daß die Zuckerverindustrie im Kriegsjahr 1914 glänzende Geschäfte gemacht hat. Für das laufende Jahr werden die Gewinne voraussichtlich noch höher sein, denn die Zuckerprixe sind ja dauernd und enorm hochgetrieben worden, obwohl wir, nach immer wiederholten Versicherungen der Fabrikanten, Zucker genug haben. Mit welcher Unverantwortlichkeit die Schöpfung der Verbraucher betrieben wird und betrieben werden soll, mag die Tatsache zeigen, daß in Nr. 29 der "Zuckerindustrie" zwar die Festlegung von Höchstpreisen für den Kleinhandel befürwortet, zugleich aber gefordert wird, diesen Höchstpreis auf 30 bis 32 Pf. für das Pfund im Kleinhandel zu bemessen, also auf einen Preis, der eben nur durch unverhältnismäßige Wucher zu bestimmen ist. Nach mehr: Das Blatt fordert ferner, daß dieser unverhältnismäßige hohe Zuckerpriß bis zum 1. September 1916 gelten solle. Das heißt also: die Verbraucher sollen ein Nahrungsmittel — denn der Zucker ist ein solches — das in Deutschland in einer der höchsten überlegenden Menge vorhanden ist, um 50 Prozent teurer bezahlen als im Frieden. Unverständlich kann man kaum sein. Es ist wirklich ein Standal, mit welcher Rücksichtlosigkeit dem deutschen Volke die Schmachtriemen enger gezogen wird von Leuten, die im Felde geradezu schwimmen. Erwähnen wollen wir noch, daß die Zuckerfabriken in einer Eingabe an den preußischen Kriegsminister um Befreiung ihrer eingerichteten Beamten und Vorarbeiter ersucht haben. Sie behaupten, nur dann ihre Betriebe ungefähr fortführen zu können, wenn ihren Erträgen entsprochen wird. Ob sie mit ihrer Eingabe Erfolg haben werden, können wir nicht beurteilen.

Die Sanierung der Aschaffenburger Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation.

Herr Direktor Franz Dössauer in Aschaffenburg sendet uns auf unsere Notiz unter obiger Überschrift in Nr. 29 des "Proletariers" folgende Berichtigung:

Aschaffenburg, am 22. Juli 1915.

An die Redaktion des "Proletariers", Hannover.

Seit Nr. 29 vom 17. Juli 1915, Seite 127, Ihres Blattes findet sich ein Artikel, der sich mit der Aschaffenburger Maschinenpapierfabrik A.G. und mit meiner Person beschäftigt.

Ich mache ausdrücklich, daß ich niemals, weder tatsächlich noch rechtlich, Generaldirektor des genannten Unternehmens war, sondern stets nur Mitglied des Vorstands gewesen bin und als solches Kollegium vertreten habe. Da auch in der Tagespresse mit trockenster Haltung eine Aussage, unter Berufung auf das Preßgesetz, hartnäckig die Bezeichnung eines Generaldirektors gegeben wurde, so ist es verständlich, daß ich auch Ihren Ausführungen gegenüber auf die Aussage Wert legte und Sie demgemäß erschuf, an gleicher Stelle Ihres Blattes dies entsprechend zu veröffentlichen.

Den letzte Absatz Ihres Artikels — im übrigen habe ich mich in der Generalversammlung vom 22. Juni bereits geäußert — veranlaßt mich festzustellen, daß es jederzeit das Bestreben der Zeitung des Unternehmens war, mit der Arbeiterschaft unter strengster Wahrung der Gerechtigkeit im Unternehmen zu bleiben.

Tatsächlich ist es auch bis jetzt niemals in den über ganz Deutsch-

Eine englische Gewerkschaft für den Frieden.

Wie die Tagespresse berichtet, hat die Amalgamated Labour Union für den Gewerkschaftslongress, der am 6. September in Bristol zusammentritt, eine Resolution beantragt, in der es sich dringend wünschenswert erläutert wird, daß die Feindseligkeiten im Eintritt mit der nationalen Freiheit und Ehre eingestellt werden und der Parlamentsausschuss des Gewerkschaftslongresses aufgesordnet wird, Friedensbeschluß erläutern, die für die englische Arbeiterschaft günstig sind, zu formulieren und zu besprechen und die Regierung dringend aufzufordern, bestimmt und unzweideutig zu erklären, wofür England kämpft.

Die Amalgamated Labour Union ist eine Organisation ungewöhnlicher Arbeiterschaft in England. Allerdings ist aus der Meldung nicht ersichtlich, ob es sich um die durch Verschmelzungen neugebildete große Organisation oder um einen der noch bestehenden kleineren Verbände handelt.

Unser Verband in der 50. Kriegswoche.

Für die Woche vom 12. bis 18. Juli haben 293 Zahlstellen rechtzeitig berichtet. Das sind sechs weniger als in der Vorwoche. Ausgefallen sind jedoch durchweg kleine Zahlstellen; dagegen haben einige größere, die in der Vorwoche fehlten, für diese Woche Berichte eingesandt. Infolgedessen ist die Zahl der Mitglieder, über die berichtet wurde, trotz der Verminderung der berichtenden Zahlstellen etwas größer als in der Vorwoche. Die Zahlen über den Stand und die Veränderung der Mitgliederzahl zeigt folgende Zusammenstellung:

	männliche	weibliche	zusammen
Mitglieder am 1. August 1914 . . .	149.699	21.602	171.301
" 17. Juli 1915 . . .	67.864	16.824	84.688
Minih am 17. Juli 1915 weniger . . .	81.835	4.778	86.613
Zum Kriegsdienst eingezogen . . .	66.728	—	66.728

Tatsächlicher Verlust 15.107 4.778 19.885

Um andere Stelle in dieser Nummer, von wo schon darauf hingewiesen, daß der Verlust an Mitgliedern gewiß höchst bedauerlich ist, aber keineswegs Anlaß zu Befürchtungen geben kann. Vielmehr erklärt er sich aus der Tatsache, daß wir jetzt ein Jahr im Weltkrieg stehen; durchaus Anders liegen die Dinge allerdings, wenn wir betrachten, wie sich der Verlust auf männliche und weibliche Mitglieder verteilt. Dann ergibt sich nämlich, daß von den männlichen Mitgliedern — immer abgesehen selbstverständlich von den zum Kriegsdienst Eingezogenen — 10,1, von den weiblichen dagegen 22,1 vom Hundert der Mitglieder verloren gingen. Dabei ist noch zu beachten, daß unter den abgemeldeten männlichen Mitgliedern zahlreiche Ausländer sich befinden, die abreisen müssen, und vielfach auch solche zum Kriegsdienst eingezogene deutsche Mitglieder, die nicht mehr Zeit oder Gelegenheit finden, sich beim Verband abzumelden. Es muß demnach festgestellt werden, daß die Verbandsstreue bei den weiblichen Mitgliedern nicht annähernd in dem Umfang vorhanden war wie bei den männlichen Mitgliedern. Auch scheint seit Ausbruch des Krieges die Werbetätigkeit unter den Arbeitern nur noch sehr wenig Erfolg zu bringen. Das ist besonders deshalb befremdend und bedauerlich, weil gerade während des Krieges das Heer der beschäftigten Arbeitern ganz ungeheuer viel größer geworden ist. Zu erkennen ist allerdings nicht, daß die allgemeine Leistung die Arbeitern viel schwerer trifft als die Männer, weil ihr Verdienst meist geringer ist. Aber das allein erklärt das Verhältnis nicht. Vielmehr scheint der Schluss gerechtfertigt, daß die Arbeitern den Nutzen, die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation eben noch nicht in dem Maße erkannt haben wie die Männer, eine Tatsache, die uns zu verstärkter Aufklärungsarbeit unter den Arbeitern anspornen muß.

Die Arbeitslosigkeit ist außerordentlich gering geworden. In den berichtenden Zahlstellen waren nur noch 200 männliche und 478 weibliche, zusammen 678 Mitglieder arbeitslos; das sind 0,3 vom Hundert bei den männlichen, 2,9 bei den weiblichen und 0,8 vom Hundert bei allen Mitgliedern. Als Arbeitslosenunterstützung wurden in den berichtenden Zahlstellen nur noch 1109 M. ausgegeben.

Erwerbsunfähige Frauen waren 1021 männliche und 294 weibliche, zusammen 1315 Mitglieder gemeldet. Von Hundert sind das 1,5 bei den männlichen und 1,7 bei den weiblichen Mitgliedern. Krankenunterstützung wurde in der Berichtswoche (in den 293 Zahlstellen, die berichtet haben) 8888 M. ausbezahlt.

Zum Kriegsdienst waren (in den berichtenden Zahlstellen) 66.728 Mitglieder eingezogen. Das sind 44,50 vom Hundert der berichteten männlichen Mitglieder. Zum Kriegsdienst wurden der Berichtswoche (in den 293 Zahlstellen, die berichtet haben) 8888 M. ausbezahlt. Zum Kriegsdienst waren (in den berichtenden Zahlstellen) 66.728 Mitglieder eingezogen. Das sind 44,50 vom Hundert der berichteten männlichen Mitglieder. Gezählt am 1. August 1914 gezählten männlichen Mitglieder. Gezählt an den jetzt noch vorhandenen männlichen Mitgliedern (67.864 in den Berichtsorten) sind rund 50 Prozent eingezogen.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die wir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erstattet hätten, zusammengefaßt. Es sind also nicht ermittelte, sondern errechnete Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit ziemlich genau entsprechen dürften, weil der Bruchteil der Mitglieder, für die Berichte nicht eingesandt werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Berichtstag	Arbeitslos		Zum Kriegsdienst eingezogen	
	insgesamt	von je 100 Mitgliedern		
9. August . . .	17.663	8,5	34.388	19,2
5. September . . .	23.788	11,5	44.429	24,6
2. Oktober . . .	17.329	8,3	48.875	26,4
7. November . . .	9.233	6,3	51.561	28,1
5. Dezember . . .	6.966	5,0	54.428	30,0
2. Januar . . .	6.580	4,8	57.170	31,4
6. Februar . . .	5.340	4,1	60.089	33,2
6. März . . .	3.450	2,7	65.045	35,7
3. April . . .	2.310	2,0	68.453	37,7
1. Mai . . .	1.321	1,2	71.883	39,4
8. . . .	1.181	1,1	72.684	40,2
15. . . .	1.097	1,0	72.719	40,2
22. . . .	1.019	0,9	74.269	40,9
29. . . .	1.001	0,9	74.731	41,3
5. Juni . . .	990	0,9	75.692	41,9
12. . . .	982	0,9	75.731	41,9
19. . . .	976	0,9	76.622	42,2
26. . . .	841	0,8	77.724	43,0
3. Juli . . .	919	0,9	78.584	43,5
10. . . .	879	0,8	79.824	44,0
17. . . .	822	0,8	80.941	44,5

Eine so kleinliche, ja lächerliche Aufstellung von gewerkschaftlicher Solidarität wird man allerdings in Deutschland vergebens suchen. Am

Solidarität gegenüber Arbeitern, die als Flüchtlinge und damit als

Squatter in das Land kommen. Gewerkschafter, die eine so sonderbare

Auffassung von Solidarität haben, kann man mit Recht Träumerfeind

